Entwicklungsfinanzierung in Zeiten multipler Krisen ?

Eva Hanfstaengl

16. März 2024

Risks

Multiple, Tilted to Downside

- COVID-19: new outbreaks
- Inflationary pressures
- Supply bottlenecks
- Climate-related disasters
- Financial stress
- Weaker long-term growth

WORLD BANK GROUP
Equitable Growth, Finance & Institutions
Prospects Group

Multidimensionale globale Krisensituation

Nach ersten Erfolgen der Umsetzung der 17 UN Entwicklungsziele (SDGs) führen

- die Folgen des Klimawandels
- die Auswirkungen von COVID-19/ Corona
- der Krieg in der Ukraine und daraus resultierende Lebensmittel- und Energiekrise
- die Unterbrechung von Lieferketten und Lieferengpässe sowie
- Inflation und weltweit gestiegene Zinssätze

➢ weltweit, besonders in vielen Ländern des Südens wieder zu einem Anstieg von Armut. Allein im Jahr 2022 hat die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, um 11 Mio. zugenommen.

Nach Prognosen der Weltbank werden im Jahr 2030 noch 574 Millionen Menschen in extremer Armut leben, also mit weniger als 2,15 Dollar pro Tag auskommen müssen.

Die Chancen für das Erreichen der Entwicklungsziele sind gering.

Inflation und gestiegene Zinsen ***verschärfen die Kapitalflucht aus Ländern des Südens***, Geld, das für Investitionen dort nun fehlt. Die ärmsten 75 Länder (lt. Weltbank) zahlten zudem allein im Jahr 2022 für ihren Schuldendienst 88,9 Milliarden Dollar an ihre Kreditgeber.

Die Corona bedingten Konjunkturprogramme und dadurch **gestiegene Verschuldung im Norden** sowie die hohen Militärausgaben (Ukraine, Naher Osten) führen lt. IWF zu international geringeren finanziellen Mitteln ***(sinkende Entwicklungshilfe)***. Im vergangenen Jahr (2023) wurden nur 35 % der für die weltweite Hungerhilfe beantragten Mittel bereitgestellt.

Auch deutsche Entwicklungshilfe sinkt

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr 1,5 Milliarden Euro weniger für nachhaltige Entwicklung und humanitäre Hilfe bereit gestellt (EZ 11,52 Mrd EUR) als 2023.

Die humanitäre Hilfe soll im kommenden Jahr um 18 Prozent (minus 478 Millionen Euro) und der Etat des Entwicklungsministeriums um 8 Prozent (minus 930 Millionen Euro) gegenüber 2023 gekürzt werden (s. Venro 2023). Dieses Geld fehlt für die Armutsreduzierung, Nothilfe, Hungerbekämpfung (UN, FAO) und Klimafinanzierung.

- Die mittelfristige Finanzplanung sieht in den Folgejahren weitere drastische Kürzungen in Milliardenhöhe vor.

Die Weltwirtschaft befindet sich nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) trotz leichter Erholung im Norden in einer äußerst unsicheren Lage

- Aufgrund ***geopolitischer Spannungen*** *(China, US Wahlen)* und wachsender **Cyberkriminalität** (mittels Kryptowährungen) gibt es neue Sorgen um die Finanzstabilität mit Auswirkungen auf den Bankensektor (u.a. Bankenkrise März 2023 im Silikon Valley u. Schweiz führt zu neuen Reformbemühungen von Basel III/ Bankenregulierungsstandards).

- Den Ländern des globalen Südens steht ein "**verlorenes Jahrzehnt**" bevor, in dem Verschuldung und Kosten für den Schuldendienst unaufhaltsam ansteigen (lt. IWF).
- Die Weltbank geht davon aus, dass der Schuldendienst allein der 24 ärmsten Länder in letztem und diesem Jahr um bis zu 39 % ansteigt.

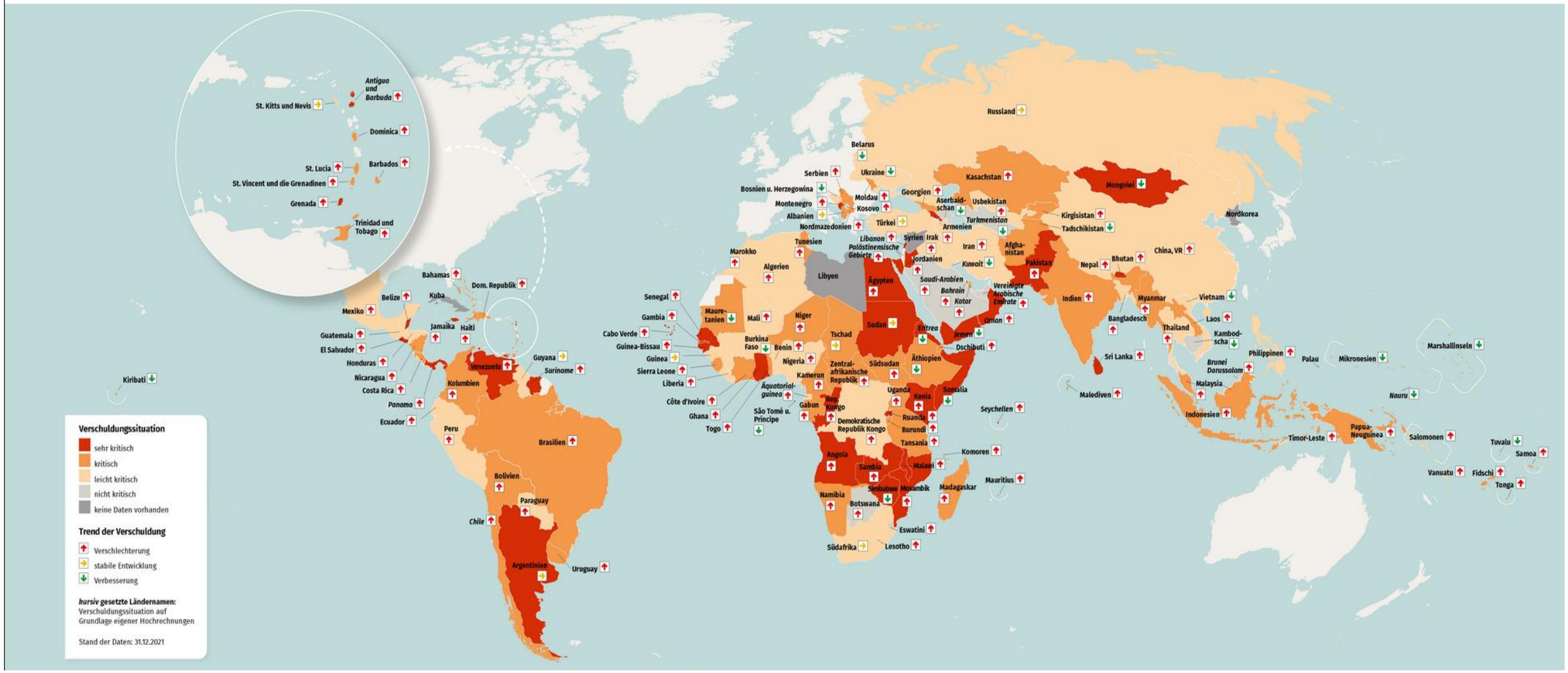
Kritisch verschuldete Staaten weltweit

Die Weltkarte zeigt die Verschuldungssituation sowie den Trend der Verschuldung von Ländern im Globalen Süden.

misereor GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

erlassjahr.de Entwicklung braucht Entschuldung

SCHULDENREPORT 2023



Internationale Schuldenkrise betrifft vor allem die Länder des Globalen Südens

- Vor allem Länder des globalen Südens sehen sich durch hohe Inflation und Zinsanstiege mit **Einkommensverlusten** in Höhe von **800 Milliarden Dollar** konfrontiert und kämpfen mit einer **noch nie dagewesenen Schuldenlast**. Neukredite an den Kapitalmärkten sind zu teuer.

- Nach Berechnungen der UNCTAD haben 81 Länder des globalen Südens (ohne China) **241 Mrd. USD** ihrer internationalen Reserven im Jahr 2022 verloren.

- Bereits jetzt sind schon **60 %** der ärmeren Länder von einer Überschuldung betroffen, doppelt so viele wie im Jahr 2015 (UNCTAD/ G20).

- **39 überschuldete Länder** des Südens **zahlen** derzeit mehr an ihre externen öffentlichen **Gläubiger**, als sie an neuen Krediten erhalten haben.

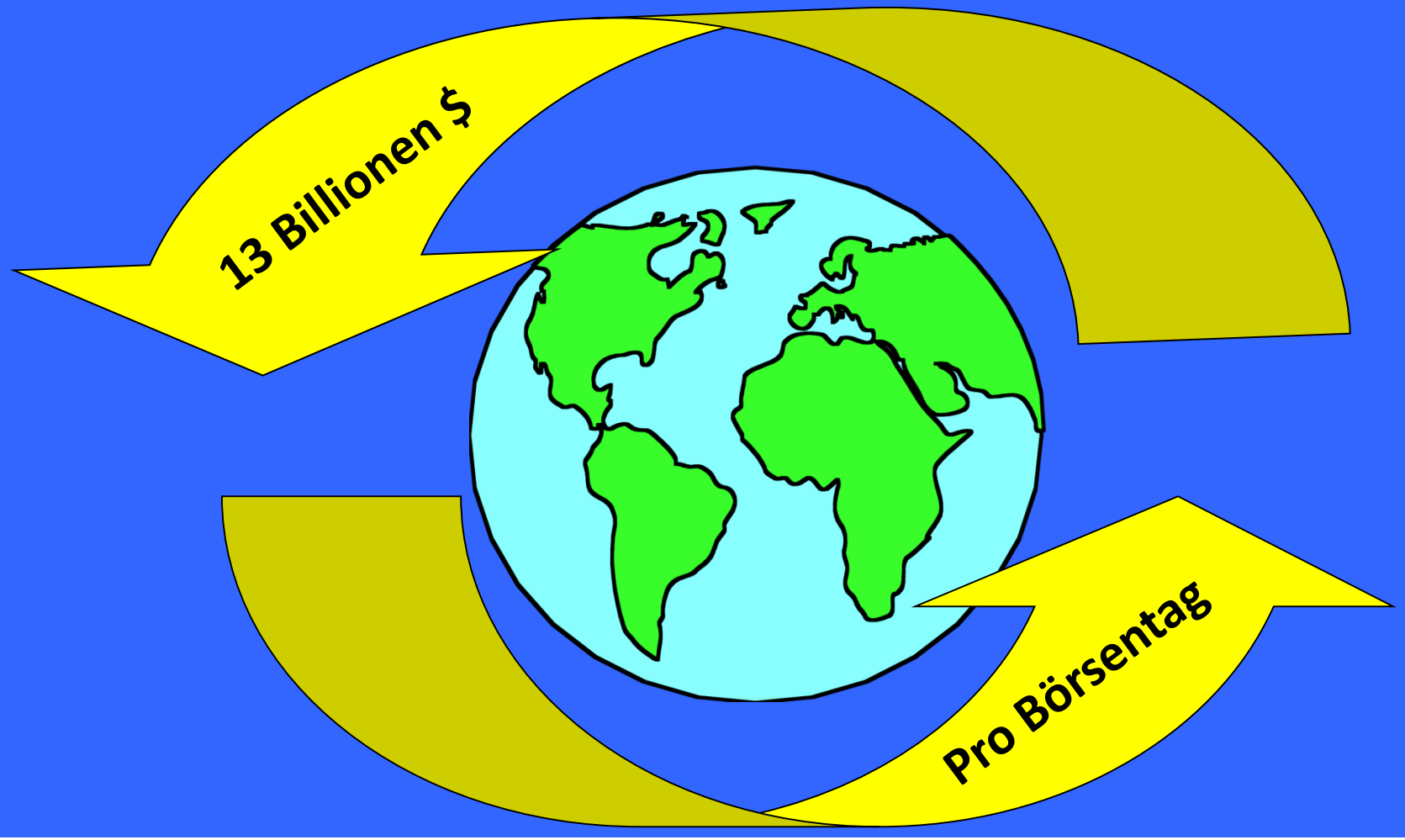
Der Finanzbedarf ist riesig, doch die **Entwicklungsfinanzierung** hält nicht Schritt. Die Vereinten Nationen schätzen, dass die am wenigsten entwickelten Länder des globalen Südens bis 2027 externe Finanzmittel in Höhe von 220 Milliarden US-Dollar benötigen werden.

Auf der anderen Seite: In den letzten 4 Jahren gab es Rekordgewinne bei Agrarrohstoffhändlern und anderen Schlüsselindustrien: Spekulation und Marktmacht hat die Preise in die Höhe getrieben.

Trotz der Krisen legte die Zahl der Millionäre in aller Welt 2023 um 7,8 Prozent auf 22,5 Millionen zu. Die größte Gruppe von ihnen lebt in den Vereinigten Staaten mit 7,9 Mio. Millionären. Es folgen Japan mit 3,6 Mio., Deutschland mit 1,6 Mio. und China mit 1,5 Mio. Millionären.

- *Die Welt hätte die Mittel für Entwicklungsfinanzierung, es fehlt jedoch der politische Wille*

Liberalisierung der Finanzmärkte -
85% des Kapitals spekuliert und wird nicht produktiv investiert



Weltbank und Internationaler Währungsfonds/ IWF unternahmen ab 2020 gezielte Maßnahmen zur *Bewältigung der* neuen *globalen Krisen*

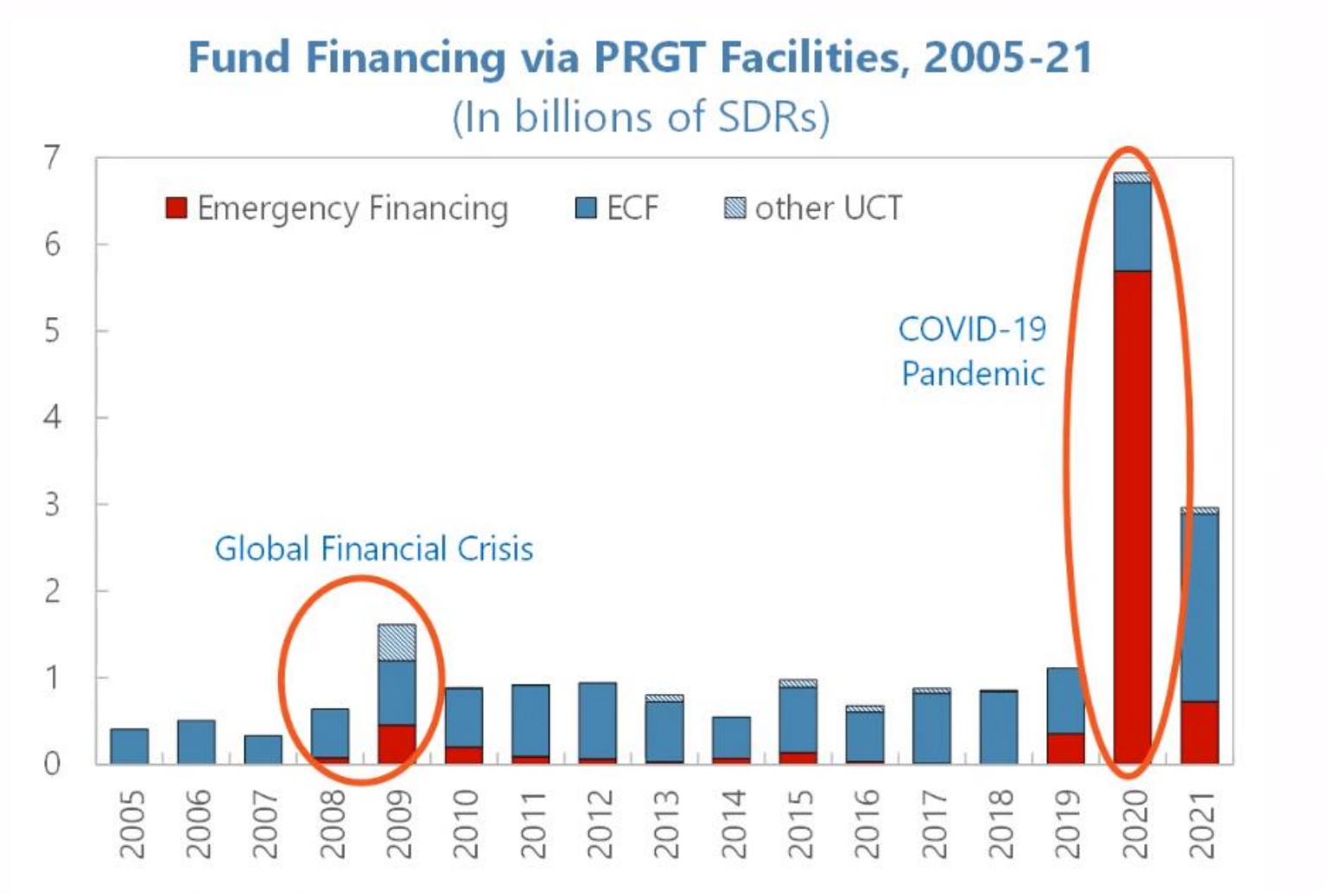
THE WORLD BANK
IBRD • IDA

Lösung: Öffentliche Kredite

Weltbank: erhoffte resiliente wirtschaftliche Erholung

Der IWF steigerte seine Krisen-**Kredite** in 2020 als Liquiditätshilfe

Heute Rückkehr zu Sparmassnahmen die u.a. **Kürzungen bei Sozialleistungen** bedeuten.

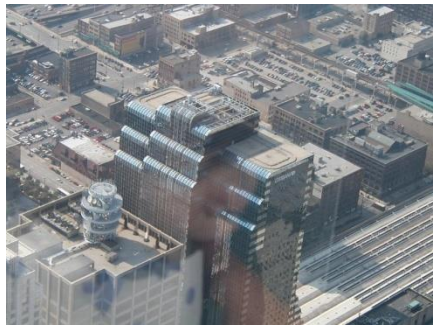


Lösung: Private Investitionspolitik ?

Private Investoren suchen Möglichkeiten große Kapitalsummen kurzfristig, profitabel und ohne Risiken zu investieren („blending“ mit öffentlichen Mitteln)

Kredite werden zu hohen Zinsen an Entwicklungsländer gegeben

Staatsverschuldung steigt



Folgen: Kürzung der Sozialausgaben weltweit

- Hohe Staatsverschuldung weltweit führt derzeit zu massiven Kürzungen der Sozialausgaben und damit zu steigender Armut. Die Zahl der Länder, die mehr für den externen Schuldendienst als z.B. für Gesundheitsversorgung ausgeben, ist mittlerweile auf 62 gestiegen.

- Die Entwicklungsaussichten für den Süden werden vom IWF für die nächsten Jahre als ausgesprochen düster prognostiziert. Diese Aussichten untergraben alle Bemühungen, in Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und bei der Energiewende voranzukommen.

- Dringend gebraucht werden ***langfristige Investitionen*** zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter, besonders für Gesundheits- und Klimaschutzmaßnahmen.

Seit 2002: Internationaler Prozess zur „Entwicklungsfinanzierung“

Finanzierung der 17 Entwicklungsziele (SDGs)

*Der FfSD (Financing **Sustainable** Development) Prozess wurde Ende der 90er Jahre (nach der Asienkrise) von Ländern des Südens initiiert, bes. Lateinamerika und Asien zur Einrichtung einer Global Governance Struktur in den Vereinten Nationen zur Überwachung von IWF und Weltbank*

Vertreter der Zivilgesellschaft sitzen mit am Tisch. Hier bringt Stefano Prato (SID) die Deklaration der CSOs ein.

- Der FfSD Prozess behandelt einheimische und internationale Finanzströme, ODA, Steuerfragen und private Finanzquellen als Reaktion auf gescheiterte UN Konferenzen der 90er Jahre.
- Er verhandelt die Finanzierung der internationalen Entwicklungsziele “Means of Implementation” der Sustainable Development Goals (SDGs).
- Die Entwicklungsländer brachten die **Systemfrage** ungerechter Finanz- und Wirtschaftsstrukturen in den Aktionsplan ein. (Diesbezügliche Vorschläge werden von den G7 und G20 Staaten oft blockiert.)
- Kernforderung der Entwicklungsländer wurde umgesetzt: die Einrichtung des jährlichen **FfD Forums** zur Überwachung der Umsetzung der Beschlüsse.

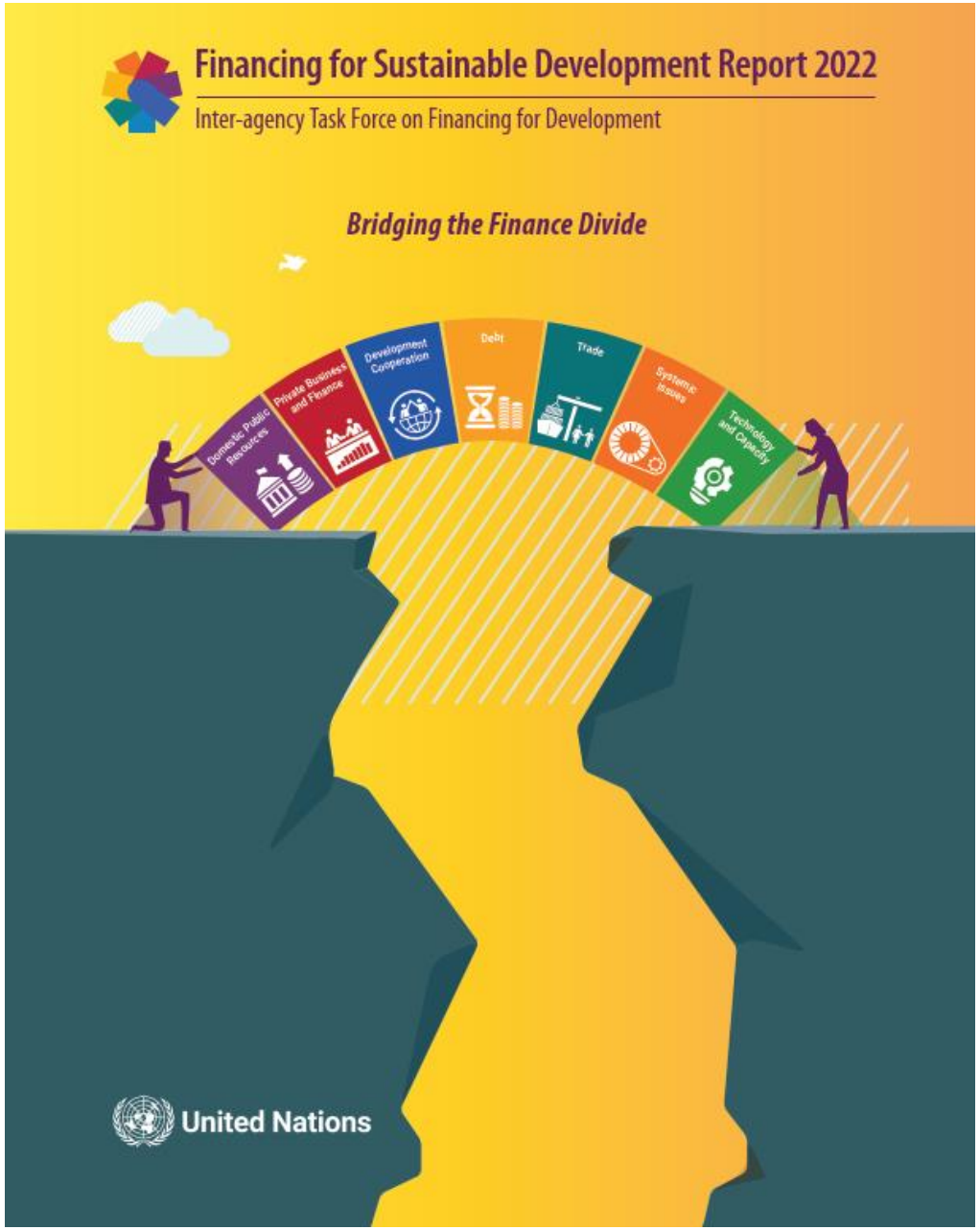
Internationale Entwicklungsfinanzierungskonferenzen: Monterrey 2002, Doha 2008, Addis Abeba 2015 – seitdem hitzige Debatten im FfD Forum

Verhandlungen der Regierungsvertreter in Addis Abeba

- Den ärmeren Ländern des Südens geht es um internationale ***Entwicklungszusammenarbeit:*** durch ODA, neue Finanzierungsinstrumente (u.a. Flugticketabgabe) und Schuldenerlass.
- Den Industrieländern geht es um die Stärkung ***nationaler Steuersysteme*** im Süden und um die Förderung ***privater Investitionen*** in Mega-Infrastrukturprojekte, u.a. durch Risikoübernahmen durch ODA, Blending (s. Initiative der Weltbank und Entwicklungsbanken „From Billions to Trillions“).
- Die Schwellenländer fordern stärkere Mitsprache in der globalen ***Finanzarchitektur***, und die Einrichtung einer politischen UN Steuerkommission.
- Sie fordern jedoch auch mehr Mittel für ***Infrastrukturförderung*** durch private Investitionen und besseren Zugang zu den Kapitalmärkten.

Informationen unter: www.un.org/esa/ffd

UNODC


Financing for Sustainable Development Report 2022
Inter-agency Task Force on Financing for Development
Bridging the Finance Divide
Domestic Public Resources
Private Business and Finance
Development Cooperation
Debt
Trade
Systemic Issues
Technology and Capacity
United Nations

Domestic public resources
Domestic and international private business and finance
International development cooperation
International trade as an engine for development
Debt and debt sustainability
Addressing systemic issues
Science, technology, innovation and capacity building
Data, monitoring and follow-up
Cross-cutting issues

Zivilgesellschaftliche Forderungen im UN FfSD Prozess

- **Soziale Sparprogramme** sind nicht die richtige Antwort auf wirtschaftliche Stagnation.
- Es braucht es massive Steigerung öffentlicher Entwicklungshilfeleistungen (**ODA**).
- Ein faires und rechtebasiertes **Entschuldungsverfahren** für Staaten (Schiedsgerichtsverfahren) muss auf UN Ebene (mit IWF Beteiligung) eingerichtet werden, unterstützt durch die von UNCTAD vorgelegten "Prinzipien für verantwortliche Kreditvergabe und-aufnahme".
- Internationale **Steuerkooperation** (UN Tax Body versus OECD) muss vorangetrieben werden, um Steuerflucht sowie "race to the bottom" bei Steuerfragen zu vermeiden.
- Die **Finanztransaktionssteuer**, bes. auf Kryptowährungstransaktionen, sollte auf nationaler und regionaler Ebene eingeführt werden als "Sand im Getriebe" und als zusätzliche Einnahmequelle für Entwicklung.
- **Derivatemärkte** müßten global noch strenger reguliert werden (Wertpapierhandelsgesetz), um die grossen Preisfluktuationen durch Spekulationen an den Rohstoffmärkten zu verringern (Spekulation mit Grundnahrungsmitteln müßte verboten werden).
- Der Internationale Währungsfond (IWF) muß zur Krisenfinanzierung finanziell besser ausgestattet und **demokratisiert** werden.

Informationen zu FfD4 unter: https://ptf.forumue.de/allgemein/bitte-wenden/

United Nations | Fourth International Conference on Financing for Development

Home | Preparatory Meetings | Documentation | Information | Contact

In resolution 78/231 of 22 December 2023 the General Assembly has decided:

"to convene, in 2025, a fourth international conference on financing for development to, inter alia,

Assess the progress made in the implementation of the Monterrey Consensus, the Doha Declaration and the Addis Ababa

In die Vorbereitungs-kommission gewählt wurden: Burundi und Portugal = Vorsitzende

Als Vize-Vorsitz sind gewählt: Brasilien, Kanada, Kolumbien, Iran, Mexiko, Nepal, Norwegen, Pakistan, Polen, Russland, Südafrika und Sambia.

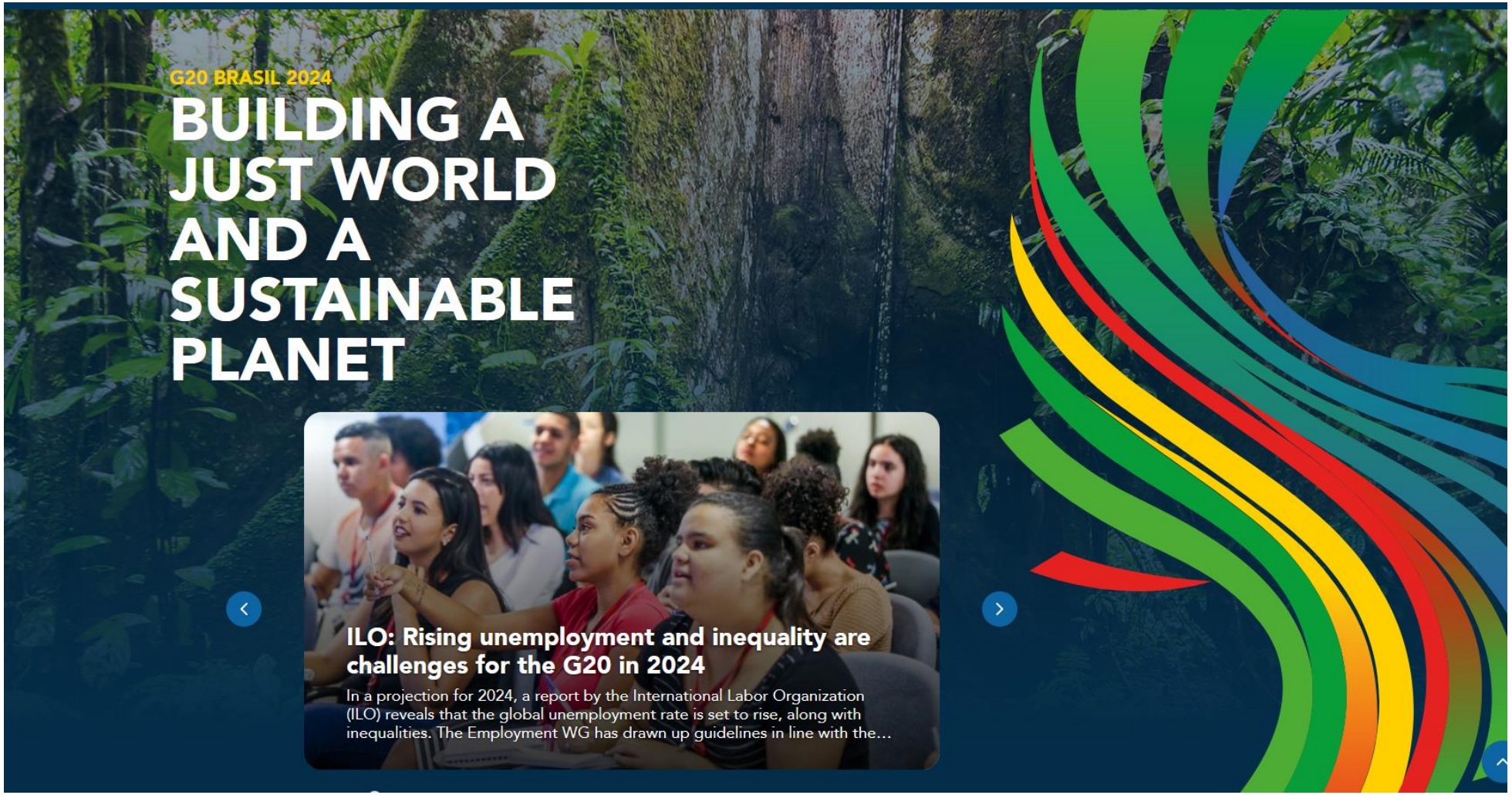
China ist ebenfalls stellvertretend im Vorsitz in Rotation mit anderen asiatischen Staaten.

Zivilgesellschaftliche Forderungen an IWF und G20

- Finanzierung der öffentlichen Güter vorantreiben (Weltbankreform hat begonnen)
- Finanzprodukte einfacher, nachhaltiger gestalten (EU Regulierungsbehörden stärken)
- Progressive Steuersysteme einführen (Vermögenssteuer = Brasilianische G20)
- öffentliche u. genossenschaftliche Banken im Süden fördern (Reform der Entwicklungsbanken
- Kapitalverkehrskontrollen zulassen (IWF) zur Verhinderung von Kapitalflucht
- Schattenbankenbereich stärker regulieren (BMF), d.h. Finanzakteure ohne Ausnahmen regulieren (gestärktes Wertpapierhandelsgesetz), insbesondere den Hochfrequenzhandel
- Systemrelevante Institute (to big to fail) (UBS mit Credit Suisse) aufteilen
- Ratingagenturen und Hedgefonds überwachen und angemessener regulieren etc.

➢ Das verlangt den politischen Willen aller Akteure auf nationaler und internationaler Ebene: Regierungen auf UN Ebene inkl. G20, IWF, Weltbank, Business und Zivilgesellschaft.

G20 Brasilien (2024) und Südafrika (2025)



SHERPA TRACK

Task Force for a Global Alliance Against Hunger and Poverty

This **Task Force for a Global Alliance Against Hunger and Poverty** was proposed by Brasil's G20 presidency, and will focus on establishing a Global Alliance to raise resources and knowledge for implementation of public policies and social technologies that are proven to be effective in reducing hunger and poverty around the world. Adherence to the Global Alliance will be open not only to G20 members, but to all interested countries.

See more information here:

https://www.g20.org/en/tracks/sherpa-track/hunger-and-poverty

ÖRK – Luth. Weltbund – CWM – Reformierter Weltbund

NIFEA Prozess (New International Financial Economic Architecture) seit 2012

Speakers

Dr Barry Herman
Social Justice in Global Development

Dr Manuel (Butch) Montes
Society for International Development

Ms Aida Jean Nacpil Manipon
Tax and Fiscal Justice Asia

Rev Dorlimar Lebrón Malavé
United Methodist Church

For more information:
Athena.Peralta@wcc-coe.org

World Council of Churches

World Communion of Reformed Churches

cwm

MCC

THE LUTHERAN WORLD FEDERATION

A side-event at the
UN Financing for Development Forum

CONVERGING FOOD, FUEL & DEBT CRISES:
PERSPECTIVES & PROPOSALS

17 April 2023 (Monday), 18:15-19:30
Church Center for the United Nations
2nd Floor Conference Room

The world faces converging crises: surging food and fuel prices due to the continuing war in Ukraine as well as growing debt distress in the global South linked to rising interest rates, weakening currencies and the COVID-19 pandemic. In this session, experts and faith leaders will share analyses, case studies and lived experiences on the links between the ongoing food, fuel and debt crises and their impacts on local communities. They will discuss concrete proposals, highlighting the moral imperative to concertedly and effectively respond to these converging concerns.

Beteiligungsmöglichkeiten

- Kampagne für die Entschuldung überschuldeter Länder des Südens mit dem Entschuldungsbündnis **„Erlassjahr.de“** zum Staateninsolvenzverfahren, ein Versprechen der Bundesregierung im Koalitionsvertrag (https://erlassjahr.de/)

- Unterstützung der **“Bürgerbewegung Finanzwende“** https://www.finanzwende.de/

- Einsatz für mehr Steuergerechtigkeit in Nord und Süd mit dem **„Netzwerk Steuergerechtigkeit“** (https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/)

- Aktionen für einen gerechten Welthandel, Wasser- und Landwirtschaft mit dem **„Forum Umwelt und Entwicklung“** https://www.forumue.de/

Forum Umwelt und Entwicklung

Eine der Hauptaufgaben des Forums Umwelt & Entwicklung ist die kritsche Begleitung der Umsetzung der Agenda 2030.

- Für eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung in Länder des globalen Südens mit dem Netzwerk **„Transform Finance Netzwerk“** https://ptf.forumue.de/

- Information über Positionen und Aktionen der internationalen Zivilgesellschaft für eine gerechte nachhaltige Entwicklungsfinanzierung mit der **„CSO FfD Mechanism“** https://csoforffd.org/

EKD KIRCHE GLAUBEN SCHWERPUNKTE THEMEN

ub

Auf dem Weg zu einem nachhaltigen und gerechten Finanzsystem

Finanzkrisen und die wachsende ökonomische Ungleichheit weisen sowohl national als auch weltweit unmissverständlich auf Verantwortungsdefizite in der Finanzwirtschaft und ihrer Kontrolle hin. Die aktuellen Herausforderungen der globalisierten Welt können jedoch ohne eine auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaft nicht bewältigt werden. Mit diesem Impulspapier möchte die EKD „finanzwirtschaftliche Alphabetisierungsarbeit“ leisten und als „Mahner, Mittler und Motor einer nachhaltigen Entwicklung“ zu einer entsprechenden Transformation des Finanzsystems beitragen.

Preis 4,30 Euro

Informationen hier:

https://www.ekd.de/orientierung-nachhaltiges-und-gerechtes-finanzsystem-65989.htm

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

www.socdevjustice.org